

Europaweite Ausschreibung
(Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)
der
Verwertung von Altpapier
aus dem
Ilm-Kreis

VERFAHRENSLEITFADEN
ZUR AUSSCHREIBUNG
UND BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Allgemeines	4
2 Leistungsübersicht und spezielle Ausführungsbedingungen	5
2.1 Leistungsübersicht, Losstruktur	5
2.2 Entsorgungsgebiet	5
2.3 Leistungszeitraum	5
2.4 Spezielle Ausführungsbedingungen	5
2.4.1 Sicherheiten, Bürgschaften	5
2.4.2 Versicherungspflicht, Haftung	6
2.4.3 Hinterlegung der Kalkulation	6
2.4.4 Verpflichtungen zur Einhaltung der Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes	6
3 Formale Vorgaben zum Verfahren	7
3.1 Vergabeverfahren	7
3.2 Verfahrensablauf	7
3.3 Teilnahmeberechtigung	8
3.4 Bewerbergemeinschaften	8
3.5 Eignungsleihe	8
3.6 Unterbeauftragung	9
3.7 Identität von Bewerber und Bieter	10
3.8 Nachforderung von Unterlagen	10
3.9 Kommunikation im Verfahren	10
4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	11
4.1 Form und Frist des Teilnahmeantrages	11
4.2 Mindestkriterien für Teilnahmeanträge	11
4.3 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme von Teilnahmeanträgen	11
4.4 Auswahlkriterien	11
5 Formale Vorgaben zum Verhandlungsverfahren (Phase 2)	12
5.1 Form und Frist der Angebote	12
5.2 Mindestkriterien für Angebote	12
5.3 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme des Angebots	12
5.4 Zuschlagskriterien	13
6 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	15
6.1 Unklarheiten der Vergabeunterlagen	15
6.2 Einverständnis der Bewerber/Bieter	15
6.3 Hinweise auf Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)	15
6.4 Kosten für Teilnahme am Verfahren	15
6.5 Änderung und Aufhebung des Verfahrens	15
6.6 Bekanntmachung der Auftragsvergabe, § 39 VgV	15
7 Vergabekammer	16

Verzeichnis der Anlagen

- Anlage 1 - Teilnahmeantrag (einschließlich Anhang)
- Anlage 2 - Angebotsformular (einschließlich Anhänge)
- Anlage 3 - Leistungsbeschreibung
- Anlage 4 - Vertragsentwürfe
 - Anlage 4/1 Vertragsentwurf Los 1
 - Anlage 4/2 Vertragsentwurf Los 2
 - Anlage 4/3 Vertragsentwurf Los 3

1 Allgemeines

Der Ilm-Kreis schreibt die Leistung Verwertung von Altpapier in einem europaweiten Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem Teilnahmewettbewerb neu aus.

Der vorliegende Leitfaden stellt Ihnen zum einen die Formalitäten des Vergabeverfahrens vor, zum anderen gibt dieser Ihnen einen ersten Überblick über den Leistungsgegenstand und stellt Ihnen die Rahmenbedingungen der Angebotsauswertung dar.

Bitte lesen Sie den Leitfaden sowie die weiteren Bestandteile der Vergabeunterlagen:

- Anlage 1 - Teilnahmeantrag (Textteil und Anhang),
- Anlage 2 - Angebotsformular (Textteil und Anhänge),
- Anlage 3 - Leistungsbeschreibung,
- Anlagen 4/n - Vertragsentwürfe,

sorgfältig durch.

Die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen insgesamt ist zunächst auf Grundlage des Anlagenverzeichnisses auf Seite 3 dieses Leitfadens zu prüfen. Die Vollständigkeit der einzelnen Dokumente der Vergabeunterlagen, einschließlich deren Anhänge, ist außerdem auf Grundlage der Inhaltsverzeichnisse und der Seitennummerierung (ab Seite 1 bzw. 2 oben rechts) zu prüfen. Unter Umständen fehlende Unterlagen sind unverzüglich nachzufordern (s.a. Ziffer 3.9).

Der Ilm-Kreis wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend als „Auftraggeber“ oder als „Vergabestelle“ bezeichnet.

Die an diesem Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen werden in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ und für die Dauer des Vergabeverfahrens als „Bewerber“ bzw. „Bieter“ bezeichnet.

2 Leistungsübersicht und spezielle Ausführungsbedingungen

2.1 Leistungsübersicht, Losstruktur

Der zu vergebende Auftrag umfasst die folgenden Leistungen/Lose:

- Los 1: Übernahme und Verwertung von kommunalem Altpapier (50% der Menge)
- Los 2: Übernahme und Verwertung von kommunalem Altpapier (50% der Menge) sowie Übernahme und Verwertung des Systemanteils am Altpapier (ggf. anteilig) für den Fall, der von den Systemen beauftragten Mitverwertung
- Los 3: Übernahme und Herausgabe (Umschlag) des Systemanteils am Altpapier (ggf. anteilig) für den Fall, dass die Systeme die physische Herausgabe von Masseanteilen verlangen.

Angebote können für ein Los oder mehrere Lose abgegeben werden. Eine Verpflichtung zur Abgabe von Angeboten für mehrere Lose besteht nicht. Auch erfolgt keine Limitierung der Lose.

Eine detaillierte Beschreibung des jeweiligen Leistungsumfangs ist der als Anlage 3 den Vergabeunterlagen beigefügten Leistungsbeschreibung sowie den weiteren Anlagen zu entnehmen.

2.2 Entsorgungsgebiet

Der Ilm-Kreis liegt zentral im Freistaat Thüringen und besitzt eine Gesamtfläche von 805 km². Im Landkreis leben 106.473 Einwohner (Stand 30.06.2025), somit beträgt die Einwohnerdichte 132 Einwohner/km². Einwohnerschwerpunkte stellen die Städte Ilmenau mit 38.790 Einwohnern und Arnstadt mit 28.645 Einwohnern dar.

Das Entsorgungsgebiet ist durch die Anbindung an die Bundesautobahnen A 4 und A 71 sowie an die Bundesstraßen B 87, B 88 und B 90/90n verkehrsmäßig gut erschlossen.

2.3 Leistungszeitraum

Die Leistungen für alle Lose sind im Zeitraum 01.01.2027 – 31.12.2027 (1 Jahr) zu erbringen.

Die Verträge verlängern sich jeweils um ein weiteres Jahr unter den folgenden Bedingungen:

- bis zum 31.12.2028 (im Fall der Nichtkündigung durch den Auftraggeber)
- bis zum 31.12.2029 (im Fall der Nichtkündigung durch den AG oder den AN)
- bis zum 31.12.2030 (im Fall der Nichtkündigung durch den AG oder den AN)
- bis zum 31.12.2031 (im Fall der Nichtkündigung durch den AG oder den AN)

2.4 Spezielle Ausführungsbedingungen

2.4.1 Sicherheiten, Bürgschaften

Zur Absicherung der Erfüllung der Leistungen, von Gewährleistungsansprüchen, Schadensersatzansprüchen sowie von Erstattungsansprüchen aufgrund Überzahlungen hat der Auftragnehmer eine Bürgschaft von einem in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer spätestens 15 Tage nach Vertragsabschluss zu stellen.

Die Höhe der Bürgschaft ist im jeweiligen Vertragsentwurf (s. Anlage 4/n, § 8) in Anlehnung an den geschätzten Auftragswert des betreffenden Loses festgelegt.

Die Bürgschaft muss den im Vertragsentwurf dargestellten Vorgaben genügen.

2.4.2 Versicherungspflicht, Haftung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum Abschluss einer Betriebs- und einer Umwelthaftpflichtversicherung mit Deckungssummen pro Schadensfall in jeweils folgender Höhe

- für Vermögensschäden: 1,0 Mio. €
- für Personen- und Sachschäden: 2,5 Mio. €

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versicherungen während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten und dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Erhält der Bieter den Zuschlag auf mehrere Lose ist dies nicht mit der Verpflichtung verbunden, die Deckungssummen zu erhöhen.

2.4.3 Hinterlegung der Kalkulation

Im Fall der Auftragsvergabe an den Bieter ist dieser verpflichtet, die seinem Angebot zugrunde liegende Kalkulation (Urkalkulation) bei Vertragsabschluss dem Auftraggeber in einem versiegelten Umschlag zu übergeben. Die Kalkulation wird während der gesamten Vertragslaufzeit beim Auftraggeber hinterlegt.

Die Kalkulation muss betriebswirtschaftlich und technisch transparent und aussagefähig sowie mit dem Entgeltangebot abstimmbar sein.

Die Öffnung der Kalkulation erfolgt nur bei Unstimmigkeiten zwischen den Vertragspartnern.

Die Öffnung kann nur in Anwesenheit eines Bevollmächtigten des Auftragnehmers durch den Auftraggeber durchgeführt werden. Die Unterlagen werden nach Einsichtnahme erneut versiegelt.

Nach Vertragsende wird die Kalkulation dem Auftragnehmer wieder zurückgegeben.

Die Vergabestelle behält sich vor, die Vorlage der Urkalkulation auch für den Fall zu fordern, dass gemäß § 60 Abs. 1 VgV, § 9 ThürVgG Anlass für eine vertiefte Prüfung der Angemessenheit der Angebotspreise besteht.

2.4.4 Verpflichtungen zur Einhaltung der Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes und die daraus resultierenden Anforderungen und Verpflichtungen einzuhalten.

Vor diesem Hintergrund sind die Bieter gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 ThürVgG verpflichtet, die Einhaltung der Bestimmungen zum Thüringer Vergabegesetz zu erklären. Es ist daher zwingend die als Anhang 4 zum Angebotsformular beiliegende Eigenerklärung zum Thüringer Vergabegesetz vollständig ausgefüllt beizubringen/vorzulegen.

Wird mit dem Angebot bzw. nach Aufforderung durch die Vergabestelle keine unterschriebene Eigenerklärung abgegeben, wird das Angebot gemäß § 8 Abs. 1 S. 3 ThürVgG vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

3 Formale Vorgaben zum Verfahren

3.1 Vergabeverfahren

Aufgrund des geschätzten Auftragswertes der Leistungen erfolgte die Ausschreibung zunächst europaweit im offenen Verfahren gemäß der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) unter Berücksichtigung der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Auftragsvergabe sowie des Vierten Teils des GWB.

Diese offene Ausschreibung wurde aufgehoben, da kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde (vgl. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV). Die Vergabestelle führt nunmehr, gemäß § 14 Abs. 3 Nr. 5 VgV, ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durch.

Ergänzend finden die Bestimmungen des Thüringer Vergabegesetzes (ThürVgG) Anwendung.

3.2 Verfahrensablauf

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Stufen durchgeführt.

Phase 1 - „Teilnahmewettbewerb“

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden die Bewerber, die mit der form- und fristgerechten Abgabe des Teilnahmeantrags ihr Interesse an der Teilnahme am weiteren Verfahren bekundet haben, einer Eignungsprüfung unterzogen. Ziel dieser Eignungsprüfung ist es, diejenigen Bewerber zu ermitteln, die die für die Leistungserbringung erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit/ Gesetzestreue mit sich bringen.

Die Eignungsprüfung erfolgt auf Grundlage der in der europaweiten Auftragsbekanntmachung sowie der unter Ziffer 4.3 dargestellten Mindestkriterien.

Von der Möglichkeit, die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, gemäß § 17 Abs. 4 VgV anhand von Auswahlkriterien zu begrenzen, wird abgesehen. Folglich sind alle Bewerber, die die Mindestkriterien an die Eignung erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen, zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren berechtigt.

Phase 2 - „Verhandlungsverfahren“

Die Bewerber werden aufgefordert, bereits gemeinsam mit dem Teilnahmeantrag (vgl. hierzu Ziffern 4.1 und 5.1), unter Beachtung der in den Vergabeunterlagen dargestellten Vorgaben, ein verbindliches Erstangebot abzugeben.

Die Vergabestelle wird die Erstangebote (vorbehaltlich der im Teilnahmeantrag nachgewiesenen Eignung und dem Nichtvorliegen von Ausschlussgründen) auf Grundlage der in Ziffer 5.4 dargestellten Zuschlagskriterien bewerten.

Die Vergabestelle behält sich vor, die Zuschlagsentscheidung oder die Entscheidung über die Nichtvergabe der Leistung und die Verfahrensaufhebung auf Grundlage der verbindlichen (Erst-)Angebote zu treffen, ohne in weitere Verhandlungen mit den Bietern einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). Das verbindliche Erstangebot muss daher vollständig und zuschlagsfähig sein. Bieter, die kein zuschlagsfähiges Angebot abgegeben haben, haben keinen Anspruch darauf, an den weiteren Verhandlungsrunden teilzunehmen.

Soweit die Vergabestelle nicht auf das nach Wertung bestplatzierte Erstangebot den Zuschlag erteilt, wird diese mit den Bietern in Verhandlung treten und anschließend auffordern ein Folgeangebot bzw. ein endgültiges Angebot abzugeben. Die Durchführung von Verhandlungen hat auf die rechtliche Verbindlichkeit des Erstangebotes keinen Einfluss.

Davon unabhängig behält sich die Vergabestelle vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht. Im Laufe der Verhandlungen kann die Anzahl der Bieter reduziert werden, so dass die Endverhandlungen ggf. nur mit einem Teil der Bieter geführt werden. Die Vergabestelle berücksichtigt hierbei die Platzierung der Angebote nach den jeweiligen Verhandlungsrunden anhand der Zuschlagskriterien.

Im Verlauf des Verhandlungsverfahrens ist es möglich, dass – auch unter Einbeziehung der Überlegungen der Bieter – Veränderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen werden. In diesem Fall sind die Bieter nicht mehr an ihr Erstantgebot gebunden.

3.3 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerber- und Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen, wenn die Voraussetzungen für eine wettbewerbswidrige Absprache erfüllt sind oder der Geheimhaltungswettbewerb verletzt wird.

3.4 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Teilnahmefrist ist nicht zulässig.

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bewerbergemeinschaft spätestens nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb einer gesetzten Frist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Außerdem ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

3.5 Eignungsleihe

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist auf Verlangen der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind auf Verlangen der Vergabestelle die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen

Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Sofern ein Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, haftet dieses/ haften diese Unternehmen im Auftragsfall gemeinsam neben dem Bewerber für die Auftragsausführung.

Sofern ein Bewerber im Hinblick auf die berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung (insbes. Referenzen) ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, so muss dieses Unternehmen auch die Leistung erbringen, für die die Kapazitäten benötigt werden.

Da die Eignungsleihe dem Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen und/oder der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit dient, müssen die entsprechenden Angaben bereits zwingend im Teilnahmeantrag enthalten sein.

3.6 Unterbeauftragung

Ein Unterauftragnehmer im Sinne dieser Ausschreibung ist ein Unternehmen, welches im Auftrag des zukünftigen Auftragnehmers die ausgeschriebenen Kernleistungen (hier: Vorhaltung und Betrieb einer Umladestation, ggf. Transport und/oder Sortierung sowie Verwertung von Altpapier) erbringen soll.

Es wird an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich, sofern der Auftragnehmer die nachfolgend aufgeführte Leistung nicht selbst erbringt, bei einer Papierfabrik um einen Unterauftragnehmer im Sinne dieser Ausschreibung handelt.

Beabsichtigt der zukünftige Auftragnehmer dagegen Leistungen, die er für die ordnungs- und vertragsgemäße Erbringung der ausgeschriebenen Kernleistungen bedarf (z. B. Beschaffung oder Instandhaltung von Fahrzeugen/ technischen Einrichtungen, Einkauf von Kraftstoffen, Reinigung von Dienstkleidungen, Handwerkerleistungen etc.) von Dritten zu beziehen, so handelt es sich bei diesen Dritten nicht um Unterauftragnehmer.

Der Auftragnehmer darf sich nur Dritter bedienen, welche die im Rahmen der Ausschreibung geforderten Eignungskriterien bezüglich der von dem/den Dritten zu erbringenden Leistungen erfüllen, sofern sich der Bieter dieser Dritter im Rahmen der Eignungsleihe bedient (vgl. Ziffer 3.5).

Spätestens im Angebot ist zwingend zu erklären, ob der Bieter sämtliche Leistungen selbst erbringen oder Teilleistungen an andere Unternehmen vergeben will. Es sind daher Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die an Unterauftragnehmer übertragen werden sollen. Nach Ablauf der Angebotsabgabefrist ist es nicht mehr möglich zu erklären, dass bestimmte Leistungen durch Unterauftragnehmer erbracht werden sollen. Die Unterauftragnehmer sind im Rahmen des Angebotes – sofern bereits bekannt – namentlich zu benennen. Spätestens auf Verlangen der Vergabestelle im Zuge der Angebotsauswertung hat der Bieter die Unterauftragnehmer zu benennen. Die Vergabestelle prüft gemäß § 36 Abs. 5 VgV, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen.

Nach Auftragsvergabe ist eine Beauftragung eines Unterauftragnehmers nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers möglich. Ein Anspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht. Die nachträgliche Beauftragung eines Unterauftragnehmers darf nicht zu einer unzulässigen wesentlichen Änderung des Vertrages führen. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer vor der Zustimmung die Vorlage von Eignungsnachweisen für den Unterauftragnehmer gemäß den bei dieser Ausschreibung relevanten Eignungskriterien verlangen.

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle zudem nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers bei der Erfüllung des Auftrages tatsächlich zur Verfügung stehen, indem er beispielsweise eine entsprechende Erklärung des Unterauftragnehmers – ebenfalls auf Verlangen der Vergabestelle - innerhalb der von der Vergabestelle festgelegten Frist vorlegt.

Für die Lose 1 und 2 gilt, dass eine Beauftragung von Unterunterauftragnehmern (z. B. bei einer möglichen mehrstufigen Verwertungs-/Beseitigungskette) zulässig ist. Die vorgenannten Ausführungen gelten in diesem Fall auch für den Unterunterauftragnehmer.

Für das Los 3 gilt, dass ein eventueller Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen in jedem Fall selbst erbringen muss. Eine Beauftragung der Leistungen an weitere Unternehmen durch den Unterauftragnehmer (an Unterunterauftragnehmer) ist nicht zulässig.

3.7 Identität von Bewerber und Bieter

Aus Gründen der Transparenz und der Sicherstellung eines fairen Wettbewerbes ist es erforderlich, dass die Identität der Bewerber, die einen Teilnahmeantrag einreichen, mit den Bietern, die ein Angebot einreichen, sichergestellt ist. Es ist daher beispielsweise nicht zulässig, dass ein Einzelbewerber, der einen Teilnahmeantrag eingereicht hat, sodann oder im weiteren Verlauf der Verhandlungen ein Angebot mit einem anderen Unternehmen als Bietergemeinschaft einreicht. Die Beteiligung der neu gebildeten Bietergemeinschaft am Vergabeverfahren ist unzulässig, da sich die Bietergemeinschaft selbst nicht an dem Teilnahmewettbewerb beteiligt hat. Auch der Wechsel oder Wegfall von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft bei Abgabe des Angebotes ist unzulässig.

3.8 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern/Bietern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

3.9 Kommunikation im Verfahren

Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen.

Anfragen zur Ausschreibung sind ausschließlich über das elektronische Vergabeportal (hier: deutsches Vergabeportal – www.dtv.de) zu stellen. Die Anfragen sind spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist zu stellen, damit die Vergabestelle diese innerhalb der Frist des § 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV beantworten kann. Anfragen, die nach dem o. g. Zeitpunkt bei der Vergabestelle eingehen, sind nicht mehr „rechtzeitig“ im Sinne der vorgenannten Vorschrift.

Antworten auf Anfragen sowie Informationen über Veränderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen (allgemeine Bieterinformationen) oder der Bekanntmachung werden durch die Vergabestelle ebenfalls in Textform über das o. g. Vergabeportal elektronisch zur Verfügung gestellt.

Die Einsicht in die veröffentlichten Informationen obliegt dem Bewerber/Bieter. Das bedeutet, dass durch die Bewerber/Bieter, welche beabsichtigen einen Teilnahmeantrag bzw. ein Angebot abzugeben, spätestens vor Ende der Teilnahme-/Angebotsfrist zu prüfen ist, ob durch die Vergabestelle im Vergabeportal neue Informationen, Antworten oder Bekanntmachungen bereitgestellt wurden. Bewerber/ Bieter, welche sich zur Anmeldung in dem elektronischen Vergabeportal freiwillig registrieren, werden nach Mitteilung des Betreibers des elektronischen Vergabeportals automatisch darüber informiert, dass neue Informationen, Antworten oder Bekanntmachungen der Vergabestelle vorliegen und eingesehen werden können.

4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1 Form und Frist des Teilnahmeantrages

Zur Teilnahme am Vergabeverfahren ist der als Anlage 1 beigefügte Teilnahmeantrag (einschließlich Anhang) auszufüllen und bis spätestens 28. Juli 2026, 13.00 Uhr elektronisch über das Deutsche Vergabeportal (www.dtv.de) einzureichen.

Die Übermittlung von Teilnahmeanträgen auf anderem Wege als elektronisch über das Vergabeportal, insbesondere per Post oder mittels Telefax oder E-Mail, ist nicht zulässig und führt zum Verfahrensausschluss.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrages zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter dem Menüpunkt „Kontakt“ weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe keine Auskünfte erteilen.

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen.

Die Dateien müssen in dem Format „PDF“ erstellt sein.

4.2 Mindestkriterien für Teilnahmeanträge

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Bekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeantrags (Anlage 1).

4.3 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme von Teilnahmeanträgen

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen von Teilnahmeanträgen bzw. deren Rücknahme sind nur bis Ablauf der Teilnahmefrist möglich. Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Berichtigungen oder Änderungen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

4.4 Auswahlkriterien

Eine Auswahl bzw. Begrenzung von geeigneten Bewerbern mittels Auswahlkriterien ist nicht vorgesehen.

5 Formale Vorgaben zum Verhandlungsverfahren (Phase 2)

5.1 Form und Frist der Angebote

Zur Abgabe eines Erstangebotes ist das als Anlage 2 beigefügte Angebotsformular (einschließlich seiner Anhänge) auszufüllen und bis spätestens 28. Juli 2026, 13.00 Uhr, elektronisch über das Deutsche Vergabeportal (www.dtv.de) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Frist zu Abgabe des Angebotes mit der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags identisch ist (vgl. Ziffer 4.1).

Die Übermittlung von Angeboten auf anderem Wege als elektronisch über das Vergabeportal, insbesondere per Post oder mittels Telefax oder E-Mail, ist nicht zulässig und führt zum Verfahrensausschluss.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Angebotes zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter dem Menüpunkt „Kontakt“ weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe keine Auskünfte erteilen.

Das Angebot muss vollständig und verbindlich sein, d. h. alle in der Anlage 2 geforderten Erklärungen, Angaben und Preise enthalten. Angebote, die nur unvollständig eingereicht werden oder die genannten Anforderungen nicht erfüllen, können aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

Die Dateien müssen in dem Format „PDF“ erstellt sein.

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Zuschlags- und Bindefrist. Der Bieter ist bis zum 30.11.2026, 24 Uhr an sein verbindliches Erstangebot gebunden. Die Bindung entfällt, wenn von der Vergabestelle eine Änderung an den Vergabeunterlagen vorgenommen wird oder die Vergabestelle bei Aufforderung zur Abgabe eines weiteren verbindlichen Angebotes ausdrücklich erklärt, dass mit Einreichung dieses Angebotes die Bindung an das Erstangebot entfällt.

5.2 Mindestkriterien für Angebote

Dem verbindlichen Erstangebot sind zunächst die beigefügten Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, der Vertragsentwurf und die im Verfahrensleitfaden aufgeführten Bewerbungsbedingungen sowie die Bedingungen und Strukturen des Angebotsformulars (z. B. bzgl. der Entgelt- und Vergütungsstruktur sowie der Preisanpassungen) unverändert zu Grunde zu legen.

Änderungen an den Vergabeunterlagen im Rahmen der Abgabe des verbindlichen Erstangebotes sind unzulässig und haben den Ausschluss des Angebotes zur Folge (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

Die Vergabestelle behält sich vor, im Laufe der Verhandlungen die Vergabeunterlagen zu ändern. Bei der Abgabe späterer Angebote sind dann die ggf. geänderten Vergabeunterlagen unverändert zu Grunde zu legen. Nicht zulässig sind Verhandlungen über die Zuschlagskriterien und über die gegebenenfalls noch vom Auftraggeber in weiteren Verhandlungsrunden festgelegten Mindestanforderungen.

Vorschläge der Bieter zur Abänderung der Vergabeunterlagen können als Grundlage für spätere Verhandlungen zusammen mit den Angeboten eingereicht werden.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

5.3 Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahme des Angebots

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebots bzw. die Rücknahme des Angebots sind nur bis Ablauf der Angebotsfrist möglich.

Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Berichtigungen oder Änderungen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

5.4 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird, über die gesamte Vertragslaufzeit betrachtet, pro Los auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Die Ermittlung der wirtschaftlichsten Angebote je Los erfolgt dabei auf Grundlage folgender Angaben:

- die gemäß den Anhängen 1/1 bis 1/3 zum Angebotsformular ermittelbaren Entgelte und Vergütungen (betrifft die Lose 1 und 2) pro Jahr auf der Grundlage
 - der angebotenen Entgelte und Vergütungen (betrifft die Lose 1 und 2) pro Mengeneinheit (Spalte 3),
 - der dargestellten (Auswertungs-)Mengen (Spalte 4),
 - der dargestellten Gewichtungen (Spalte 6),
- die ggf. gemäß dem Anhang 1/4 zum Angebotsformular angebotenen Rabatte für den Fall des Zuschlags auf mehrere Lose (Loskombination) eines Bieters,

Hinweis:

Der Zuschlag auf eine rabattierte Loskombination wird nur dann erteilt, wenn das Rabattangebot für die Einzellose, die Gegenstand der rabattierten Loskombination sind, jeweils das wirtschaftlichste Angebot darstellt. Das heißt, es erfolgt eine Einzelbetrachtung der Lose. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass das wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters in einem Los im Zuge einer Gesamtbetrachtung nicht durch einen Rabatt in einem anderen Los ausgeglichen werden kann.

- die in den Anhängen 2/1 bis 2/3 zum Angebotsformular angebotene Gewichtung der Preisgleitklauseln und die unten genannte Indexentwicklung zum Zwecke der Auswertung der Angebote über die gesamte Vertragslaufzeit,
- ein Malus für die logistischen Aufwendungen des Auftraggebers/ der Ilmenauer Umweltdienst GmbH (IUWD) für die Transporte von den Einwohnerschwerpunkten zu dem Standort der im Angebot je Los verbindlich anzubietenden Übernahmestelle.

Die beim Auftraggeber/der IUWD anfallenden Transportkosten (Malus) werden wie folgt ermittelt (jeweils netto, ohne Mwst.):

$$K_{\text{Transp.}} = (km_a \times 50 \% + km_b \times 50 \%) \times 0,67 \text{ €/tkm} \times \text{Auswertungsmenge (je Los)}$$

Legende:

$K_{\text{Transp.}}$ = Transportkosten p.a.

km_a = einfache, kürzeste, mit beladenen Sammelfahrzeug befahrbare Straßenverbindung vom Einwohnerschwerpunkt Arnstadt (Kreuzung Ichtershäuser Straße, Rehestädter Weg, Quenselstraße) zu dem im Angebot verbindlich zugesicherten Standort der Übernahmestelle des Auftragnehmers

km_b = einfache, kürzeste, mit beladenen Sammelfahrzeug befahrbare Straßenverbindung vom Einwohnerschwerpunkt Ilmenau (Kreuzung Langewiesener Straße, Paul-Löbe-Straße, Friedrich-Ebert-Straße) zu dem im Angebot verbindlich zugesicherten Standort der Übernahmestelle des Auftragnehmers

Der Bewertungszeitraum umfasst die Grundlaufzeit sowie die optionalen Verlängerungszeiträume. Zur Berücksichtigung der Unsicherheit über die tatsächliche Inanspruchnahme der Verlängerungsoptionen werden diese in der Angebotswertung mit abnehmenden Gewichtungsfaktoren berücksichtigt (Grundlaufzeit: 100 %, 1. Verlängerung: 50 %, 2. Verlängerung: 25 %, 3. Verlängerung: 12,25 %, 4. Verlängerung: 6,125 %).

Für die Angebotsauswertung werden für die der Entgelt- und Vergütungsgleitung unterzogenen Indizes sowie für den vorgenannten Malus folgende Entwicklungen unterstellt:

- Personal	+ 3,0 % p.a.
- Dieselmotorkraftstoffkosten	+ 2,5 % p.a.
- Maut	+ 2,0 % p.a.
- Kosten Lastkraftwagen	+ 2,5 % p.a.
- Kosten Maschinenbauerzeugnisse	+ 2,0 % p.a.
- Elektrizität (Bezug)	+ 1,5 % p.a.
- Malus	+ 3,0 % p.a.
- Altpapiervergütung (Gemischte Ballen (1.02))	+ 0,60 €/t pro Monat
- Altpapiervergütung (Kaufhausaltpapier (1.04))	+ 0,30 €/t pro Monat
- Altpapiervergütung (Deinkingware (1.11))	+ 0,25 €/t pro Monat

Zum Zwecke des Vergleichs der jeweils über die gesamte Vertragslaufzeit ermittelten (angebotenen) Entgelte und Vergütungen wird für jedes Angebot ein so genannter Entscheidungsbarwert, bezogen auf den 01.01.2027 ermittelt. Zur Abzinsung wird ein Diskontierungssatz von 3,0 % p.a. angesetzt. *(Diese Methode beruht auf dem Ansatz, dass bei einer Ausgabe in nominell gleicher Höhe ein späterer Anfall der Kosten für den Auftraggeber günstiger ist als ein früherer Anfall).*

Für den Zuschlag kommen keine ungewöhnlich niedrigen Angebote gem. § 60 VgV in Betracht, bei denen der Bieter die geringe Höhe des angebotenen Preises oder der angebotenen Kosten nicht zufriedenstellend erläutern konnte.

6 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

6.1 Unklarheiten der Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Ihrer Auffassung Unklarheiten oder Widersprüche, ist die Vergabestelle vor Abgabe des Teilnahmeantrages unverzüglich über das Vergabeportal zu informieren.

6.2 Einverständnis der Bewerber/Bieter

Jeder Bewerber bzw. Bieter hat mit Übersendung der Unterlagen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers bzw. Bieters daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

6.3 Hinweise auf Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Für die Durchführung des Vergabeverfahrens ist die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung der bewerber- und bieterbezogenen unternehmens- und personenbezogenen Daten erforderlich. Diese Daten werden während der Dauer der Verfahrensdurchführung sowie der für die Vergabe- und Vertragsdaten bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen verarbeitet und gespeichert. Der Erhebung, Verarbeitung und Speicherung dieser Daten kann widersprochen werden. Dies führt jedoch dazu, dass eine Einhaltung der vergaberechtlichen Verpflichtungen nicht mehr sichergestellt werden kann und damit die Beteiligung und Wertbarkeit der Teilnahmeanträge und Angebote infrage gestellt wird. Es besteht gemäß den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch sowie ein Beschwerderecht gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde.

6.4 Kosten für Teilnahme am Verfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge und Angebote wird den Bewerbern/ Bieterern vom Auftraggeber keine Vergütung oder Entschädigung gezahlt.

6.5 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, das wettbewerbliche Verfahren entsprechend des unter Ziffer 3.2 skizzierten Verfahrensablaufs zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen.

Im Falle der Beendigung des Verfahrens sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Sie ist berechtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben. Die Vergabestelle behält sich insbesondere die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wird.

6.6 Bekanntmachung der Auftragsvergabe, § 39 VgV

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot, unter den Voraussetzungen von § 39 VgV, sein Name und der zu zahlende Auftragspreis bekannt gemacht werden. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

7 Vergabekammer

Zuständig ist die Vergabekammer des Freistaats Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt - Referat 250, Jorge-Semprún-Platz 4, D-99423 Weimar.